



**PRESSEMITTEILUNG**

Nr.130/GP

13.07.2017

**Huml wirbt bei bayerischem Pflegegipfel für enge Zusammenarbeit -  
Bayerns Gesundheits- und Pflegeministerin in Nürnberg: Fachkräftemangel  
entgegenwirken**



**Bayerns Gesundheits- und Pflegeministerin Melanie Huml** hat beim bayerischen Pflegegipfel 2017 in Nürnberg für eine enge Zusammenarbeit aller gesellschaftlichen Kräfte geworben, um die Pflege auf die Herausforderungen der Zukunft vorzubereiten. Huml betonte am Donnerstag zum Auftakt des Treffens: "In dreißig Jahren wird sich die Zahl der Pflegebedürftigen voraussichtlich verdoppelt haben. Zudem sorgt der demografische Wandel dafür, dass der steigenden Anzahl an Pflegebedürftigen eine sinkende Anzahl an Erwerbstätigen gegenüberstehen wird."

Die Ministerin fügte hinzu: "Gefordert sind sowohl der Staat und die Kommunen als auch Kassen, Träger und Pflegekräfte, Angehörige und Ehrenamtliche. Wir brauchen aber auch mehr gesellschaftliche Anerkennung für die Pflege! Denn das ist eine wichtige Voraussetzung, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken."

Huml unterstrich: "Mobilität und Flexibilität prägen die heutige Arbeitswelt. Nicht jeder kann sich auf die Pflege und Fürsorge naher Angehöriger verlassen. Wir brauchen deshalb gut ausgebildete Fachkräfte in ausreichender Zahl."

Das Motto des Pflegegipfels lautete "Wo geht die Reise hin?". Die Erkenntnisse aus den Beratungen sollen die Grundlage für Entscheidungen über die Entwicklung der langfristigen Ziele der bayerischen Pflegepolitik bilden. Kern des Pflegegipfels bildeten drei Foren zu den Themen Pflegeversicherung, häusliche Pflege und Pflegekräfte.

Zu dem Treffen eingeladen hatte Huml sowohl Vertreter der Pflegeberufe und der Wissenschaft als auch Vertreter der Kassen, Kommunen, Wohlfahrtsverbände und Einrichtungsträger sowie Vertreter von Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen. Eine Rede von Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe stand am Nachmittag auf der Tagesordnung.

Huml verwies darauf, dass die Politik bereits Handlungsfähigkeit bewiesen hat – etwa mit den Pflegestärkungsgesetzen des Bundes und mit Verbesserungen auf Landesebene. Die Ministerin betonte: "Wir dürfen uns aber auf diesen Reformen nicht ausruhen. Vielmehr müssen wir uns jetzt damit befassen, welche Weichen wir für die pflegerische Versorgung in den nächsten Jahrzehnten stellen wollen."